

Schüler*innen beruflicher Schulen – eine polarisierte Zielgruppe?

Projekterfahrungen aus dem ländlichen Raum Osthessens

60

von Paul Lachmann

In diesem Beitrag werden zentrale Ergebnisse des Projekts „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ vorgestellt. Das Projekt ist als Reaktion auf die Präsenz der extremen Rechten im öffentlichen Raum, die Alltäglichkeit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen sowie die schlechte Lage politischer Bildung an beruflichen Schulen entstanden. Einerseits versucht es, die Resilienz der einzelnen teilnehmenden Schüler*innen und ihr Bewusstsein für gemeinschaftliche Konfliktlösung zu stärken. Andererseits ist mit dem maßgeblich pädagogisch arbeitenden Projekt auch ein wissenschaftliches Interesse verbunden. Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS) sind in Einstellungserhebungen selten vertreten. In Studien heißt es meist: Je geringer die formale Bildung, desto weniger stehen die Schüler*innen für demokratische Werte ein und stimmen eher extrem rechten Einstellungsmerkmalen zu. Dieser Beitrag versucht, anhand der Ergebnisse einer eigenen Einstellungserhebung sowie qualitativer Beobachtungen die Frage zu beantworten, ob diese Verallgemeinerungen auch auf die bisher unsichtbar gebliebene Schüler*innenschaft an beruflichen Schulen zutreffen. Im vorliegenden Projekt offenbaren sich strukturelle Benachteiligungen für SbS, zudem deuten sich konflikthafte Gleichzeitigkeiten in den Werthaltungen der Schüler*innen an.

abstract

Schlagwörter

Politische Bildung; Ehrenamt; extreme Rechte; soziale Polarisierung

Einleitung

Berufliche Schulen erfahren nur selten politisches und öffentliches Interesse. Dazu gehört auch der Umstand, dass Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS) nur selten in den Genuss politischer Bildung oder der Vermittlung demokratiefördernder Kompetenzen an ihren Schulen kommen. Durch diese strukturelle Benachteiligung erhöht sich die Gefahr, sozialer Polarisierung (Reimann, 2020) Vorschub zu leisten. Bekannt ist der Zusammenhang zwischen Einstellung zur Demokratie und Bildungsstand bei Jugendlichen (Albert et al., 2019; Achour & Wagner, 2019). SbS nehmen hier eine Sonderrolle ein, da die Schüler*innenschaft oft sehr heterogen ist. Die soziale Polarisierung könnte sich also in der Verbreitung extrem rechter (Salzborn, 2020) Positionen ausdrücken. Diese Gefahr wird akuter, je ländlicher und strukturschwacher der Standort ist. Das Innovationsprojekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“, gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“, versucht diesem Problem im lokalen, ländlichen Kontext über den Weg außerschulischer Bildungsangebote zu begegnen.

Das Projekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“

Das Projekt ist eine Kooperation zwischen der Georg-August-Universität Göttingen/

Department für Rurale Entwicklung und dem Verein Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V. und hat eine Laufzeit von März 2021 bis Januar 2023. Hauptdurchführungsregion ist der Landkreis Hersfeld-Rotenburg in Ostthessen – hier befindet sich der Vereinssitz. Die Region kann dem Landatlas des Thünen-Institutes nach als Typ 2 – sehr ländlich und ökonomisch stark – eingestuft werden (Thünen-Institut, 2023). Bruttoinlandsprodukt und durchschnittliches Nettomonatseinkommen liegen in der Region deutlich über dem bundesweiten Mittel. Die Raumstruktur weist eine lockere Wohnbebauung, geringe Siedlungsdichte, einen hohen Anteil an land- und forwirtschaftlicher Fläche sowie eine schlechte Erreichbarkeit von Metropolregionen auf. Schlecht erreichbar sind auch die Schulen, sofern die Schüler*innen nicht am Standort wohnen.

Hauptzielgruppe der außerschulischen Bildungsangebote sind SbS im Alter von 16 bis 27 Jahren. Diese nehmen am Kernstück des Projekts teil. Es handelt sich dabei um ein modularisiertes Seminarprogramm, bestehend aus sechs Modulen, die jeweils einen Schultag dauern. Die sechs Module wurden vor allem im Jahr 2022 durchgeführt. Anhand einer Mischung aus historischer und politischer Bildung werden unter dem Projekttitel „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ Themen wie solidarisches Miteinander, Diskriminierung und extreme Rechte behandelt. Ziel

ist es die individuelle Resilienz, Empathie und Kompetenzen zur gemeinschaftlichen Problemlösung zu stärken.

Begleitend wurde die pädagogische Arbeit wissenschaftlich evaluiert. Die Eindrücke und Ergebnisse von fast zwei Jahren Projektarbeit sollen im Rahmen dieses Forschungsbeitrags vorgestellt werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf Polarisierungstendenzen liegen.

Anlass für das Projekt gaben folgende Grundannahmen:

1. Hessen und West-Thüringen sind Zentren extrem rechten Denkens und Handelns.
2. Besonders bei Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS), scheint Anlass für bildungspolitische Interventionen, im Sinne der Demokratieförderung und Prävention von extrem rechten Einstellungen, zu bestehen. Der Bedarf ist verstärkt für ländliche, strukturschwache Räume festzustellen.

Hintergrund: Die Präsenz von Diskriminierung und der extremen Rechten

Einerseits kann die Verbreitung extrem rechten Denkens anhand der Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) nachvollzogen werden. Über alle Wahlen der vergangenen sechs Jah-

re hinweg weist die AfD in der Region überdurchschnittliche Erfolge auf, ohne lokalen parteipolitischen Aktivitäten im öffentlichen Raum nachzugehen. Die Partei AfD erhielt hier im Schnitt jeweils 2 Prozentpunkte mehr Stimmen als bei den deutschlandweiten Ergebnissen von Bundestagswahlen 2017 (12,6 Prozent) als auch 2021 (10,3 Prozent) und den Europaparlamentswahlen 2019 (11 Prozent). Bei den hessischen Landtagswahlen 2019 lag das regionale Ergebnis der AfD 5 Prozentpunkte über dem Landesergebnis (13,1 Prozent). Seit 2018 ist in der Region ein leichter Rückgang der erreichten Prozentpunkte zu verzeichnen.

Andererseits lässt sich das Denken auch aus anderen Handlungsweisen ableiten. Die Monitoringberichte, Mappings und Analysen u.a. des Beratungsnetzwerks Hessen, der Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt in Hessen – response sowie antifaschistischer Akteur*innen vor Ort zeigen in der Hauptdurchführungsregion und in angrenzenden Gebieten eine Kontinuität extrem rechten, antisemitischen und rassistischen Denkens und Handelns. Das Spektrum der erfassten und gemeldeten Fälle reicht von Sachbeschädigungen über An- und Übergriffe bis hin zu extrem rechts motivierten Morden.¹ Betroffen sind häufig geflohene Personen, oder Menschen, die nach dem rassistischen Weltbild der Täter*innen nicht in Deutschland leben sollten. Das

Denken und Handeln der Täter*innen fußen auf einem Angebot aus verschiedenen extrem rechten Phänomenbereichen. Der Kontakt zu extrem rechten Inhalten und schließlich auch Radikalisierung findet beispielsweise durch Online-Formate (Blogs, Social Media, YouTube, ...), offen rassistische, vor allem gegen fluchtbedingte Migration gerichtete, Straßen-Mobilisierungen und sogenannte Corona-Spaziergänge statt sowie über AfD-Ortsgruppen und deren Internetauftritte, den Kontakt zu Reichsbürger*innen und völkischen Siedler*innen oder zur NPD, über geschlossene Kameradschaftsstrukturen und letztlich auch militante und terroristische Gruppen.²

Forschungslücken: Engagement und Politische Bildung an beruflichen Schulen im ländlichen Raum

Aktuelle Forschungen belegen, dass SbS einen strukturell deutlich schlechteren Zugang zu politischer Bildung bekommen als Schüler*innen anderer Schulformen. Zusätzlich werden bei ihnen in der schu-

lischen Ausbildung demokratiefördernde Kompetenzen wie Resilienz, Empathie und gemeinsame Problemlösung kaum gefördert (Achour & Wagner, 2019).

Hinzu kommt, dass Angebote zur Freizeitgestaltung und für freiwilliges Engagement, in Form von demokratischem Vereinswesen, im ländlichen Raum wenig vorhanden sind. Zudem adressiert das vorhandene Angebot vor allem junge Männer*. Junge Frauen* finden nur selten Anschluss (Kleiner & Klärner, 2019; Hameister et al., 2017; Antes et al., 2022; Mittertrainer & Thiessen, 2022). Beides führt dazu, dass unter den SbS die Offenheit für demokratiefeindliche und extrem rechte Einstellungen messbar größer ist als bei Schüler*innen anderer Schulformen (Albert et al., 2019; Achour & Wagner, 2019). Auch in Bezug auf Sekundären Antisemitismus liegen unter SbS etwas höhere Zustimmungswerte vor (Achour & Wagner, 2019).

Ein Problem der Studien ist allerdings die geringe Datenlage in Bezug auf Berufsschulen, insbesondere im ländlichen Raum. Von Ihnen ausgehend ist eine fundierte

”

Aktuelle Forschungen belegen, dass SbS einen strukturell deutlich schlechteren Zugang zu politischer Bildung bekommen als Schüler*innen anderer Schulformen.

99

Hauptziel des Projektes [ist es], SbS durch außerschulische politische Bildung zu stärken.

Beschreibung der Zielgruppe des Projekts „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ nicht möglich. Feststellungen zum Unterschied zwischen Gymnasium, Real-, Haupt- und Integrierte Gesamtschule lassen sich nur thesenhaft auf berufliche Schulen ausweiten.

64

Quantitative und qualitative Erhebungen in der Projektarbeit

Auf dem bisherigen Wissen aufsetzend – lange Traditionslinien rechter Haltungen in Thüringen und Hessen, vernachlässigte politische Bildung in Berufsschulen – ist das Hauptziel des Projektes, SbS durch außerschulische politische Bildung zu stärken. Die konkreten Inhalte der pädagogischen Arbeit mit den SbS werden in diesem Rahmen nicht dargestellt. Diese Forschungsnotiz stellt stattdessen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation und der Einstellungserhebungen der SbS als Teil der Projektarbeit vor.

Jeder Seminartag wird durch das Projektteam evaluiert. Die Auswertung besteht aus drei Komponenten: 1. Dem anonymen Feedback, per Moderationskarten, und dem offenen Feedback, in der Tagesauswertungsrunde, zum Ende jedes Seminartages, der Schüler*innen 2. Der teaminternen Reflektion der Methoden und Lerninhalte 3. Der teaminternen Reflektion der Beiträge von Schüler*innen sowie einer Reflektion über die Arbeitsatmosphäre. Auf dieser Grundlage werden die Seminar-konzepte weiterentwickelt, Bedarfe seitens der Schüler*innen festgehalten und Ein-drücke gewonnen. Sie fließen als qualitative Daten in die wissenschaftliche Arbeit des Projektteams ein. Diese leiten sich meist aus den Ergebnissen assoziativer Methoden und den Wortbeiträgen im Verlauf der Seminartage ab.

Außerdem führte das Projektteam im Rahmen des Seminarprogramms eine anonyme Einstellungserhebung per Fragebogen durch. Zusammen ergeben die Beobachtungen und die Erhebung die Grundlage der Projektergebnisse.

Erhebungsinstrument und Durchführung

Der Fragebogen wurde zum Jahresanfang 2022 als Work-in-Progress entwickelt. Dabei wurde auf bestehende Umfragedesigns zurückgegriffen (BpB, 2014; 2017;

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., 2012). Er umfasst insgesamt 32 Single-Choice-, Multi-Choice- und isolierte Items. Abgefragt wurden die Bereiche: a) Angaben zur Person b) Demokratie und politisches Interesse c) Problemwahrnehmung d) Problemlösung und Engagement e) Zivilcourage und extreme Rechte. Während Bereich a) zu Beginn des Fragebogens in Block abgefragt wurde, wurden die Bereiche b) bis e) nicht voneinander getrennt abgefragt. Sprachlich wurden einzelne übernommene Items dem Bildungsniveau angepasst. Die Schüler*innen hatten darüber hinaus die Möglichkeit, während der Beantwortung des Fragebogens, Verständnisfragen zu stellen. Dadurch sollten eventuelle Falsch- oder Nichtangaben vermieden werden.

Drei von vier Schulklassen, die an den Seminaren des Projektes teilgenommen haben, haben den Fragebogen sowohl zu Beginn des Seminarprogramms als auch zum Ende ausgefüllt, um Veränderungen im Einstellungsmuster feststellen zu können. Die vierte Klasse konnte nicht berücksichtigt werden, da sie sich zum Zeitpunkt der Einführung des Fragebogens bereits im Seminarprogramm befand.

Bei der ersten Befragung nahmen $n = 50$, bei der zweiten $n = 30$ Schüler*innen teil. Der Altersdurchschnitt lag bei knapp 17,5 bzw. 18 Jahren. Bei der ersten Befragung gaben die Teilnehmenden an, zu 50 Prozent weiblich und zu 50 Prozent männlich zu

sein, bei 4 Teilnehmenden fehlen Angaben zum Geschlecht. Bei der zweiten Befragung nahmen 19 weibliche und 11 männliche Personen teil.

Strukturelle Benachteiligungen von SbS – lokale Bestandsaufnahme

Das Projektteam hat zum Ende des Projekts die qualitativen Berichte mit den Ergebnissen der quantitativen Erhebung zusammengeführt und abgeglichen. Sie bestätigen die Ergebnisse der großen, im Abschnitt *Forschungslücken*: [...] aufgegriffenen Erhebungen für den lokalen Kontext.

Im Seminarkontext deutlich geworden, aber nicht in der quantitativen Befragung erfasst, liegen die Bereiche politische Bildung an Beruflichen Schulen, politische Selbstvertretung im Rahmen der Schüler*innenvertretung, die Wahrnehmung von Schule als sozialer und gestaltbarer Raum sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Unterricht.

Aus den Erzählungen der Schüler*innen ging hervor, dass im Politik- und Wirtschaftsunterricht zudem vor allem formale Aspekte der repräsentativen Demokratie behandelt werden. Die Corona-Pandemie hat bei fast allen teilnehmenden Klassen dazu geführt, dass der Politik- und Wirtschaftsunterricht zugunsten der Prüfungs-

fächer stark eingeschränkt wurde und in Teilen komplett ausgefallen ist – die genauen Zeiträume wurden nicht erhoben. Zusätzlich teilten die Schüler*innen mit, dass der Schwerpunkt im Unterricht – sofern dieser überhaupt stattgefunden hat – auf Wirtschaft gelegen hätte.

In Teilen wurde Schule außerdem als reiner Lernort, nicht aber als gestaltbarer Ort erlebt. Auch das ist zum Teil durch die Struktur beruflicher Schulen begründet. Besonders deutlich zeigt sich dies an der teilnehmenden Berufsschule. Weder werden Arbeitsgemeinschaften angeboten, noch besteht die institutionalisierte Möglichkeit, diese zu gründen. Auch eine politische Schüler*innen-Selbstvertretung (SV) im klassischen Sinne ist nicht gegeben. Der Einschätzung des Projektteams nach handelt es sich hierbei um die spezifische Situation an dieser Berufsschule.

Grundsätzlich ist zu bedenken, dass das Pensum des Politik- und Wirtschaftsunterrichts auch Schüler*innen unterschiedlicher beruflicher Schulen unterschiedlich hoch ist. An Berufsschulen und Fachoberschulen ist jeweils eine Unterrichtsstunde pro Woche angesetzt (Hessenrecht, 2023/II & III). An einer Berufsfachschule sind es eineinhalb Unterrichtsstunden pro Woche (Hessenrecht, 2022). Im Vergleich dazu liegt das wöchentliche Pensum an beruflichen Gymnasien bereits bei zwei Wochenstunden, hinzu kommen weitere drei Wochenstunden im Bereich Wirtschaftswissenschaften (Hessenrecht, 2023/I).

Es lässt sich also zunächst ein strukturell bedingter Mangel an Erfahrungen mit demokratischen Organisations- und Aushandlungsprozesse sowie ein geringer Zugang zu schulischer politischer Bildung feststellen. Entlang der Bildungsbiografie wird dadurch das Potenzial für die Verstärkung sozialer Polarisierung begünstigt.

”

Es lässt sich also zunächst ein strukturell bedingter Mangel an Erfahrungen mit demokratischen Organisations- und Aushandlungsprozesse sowie ein geringer Zugang zu schulischer politischer Bildung feststellen.

Politische Einstellungen der Schüler*innen – Polarisierungstendenzen und Suchbewegungen

Dieses Potenzial findet seine Materialisierung unter den Schüler*innen. Es soll nun anhand der quantitativ erhobenen und qualitativ beobachteten Polarisierungstendenzen dargelegt werden. Um diese besser hervorheben zu können, werden die Ergebnisse nicht entsprechend den abgefragten Bereichen angeführt, sondern miteinander kontrastiert:

Demokratie und das Recht der Stärkeren

43 Schüler*innen halten der ersten Erhebung nach die parlamentarische Demokratie für die sinnvollste Regierungsform in Deutschland. Vier gaben teils/teils an und drei gaben an, dem überhaupt nicht zuzustimmen. Dem gegenüber stehen deutlich höhere Zustimmungswerte für das „Recht des Stärkeren“. Eine Interpretationsmöglichkeit eröffnet sich bei der Betrachtung der Evaluationsberichte. In einer Methode sollten die Schüler*innen Sätze wie „Jede*r ist seines*ihres Glückes Schmied*in“ diskutieren. Es wurde deutlich, dass weithin Chancengleichheit und Gleichberechtigung angenommen wurden. Auf dieser Grundlage sei jede Person selbst gänzlich für den eigenen

Lebensweg verantwortlich. Zugestimmt wurde dementsprechend auch der Aussage, dass je mehr eine Person leiste und Verantwortung trage, desto höher müssten Lohn und Anerkennung sein. Hier deutet sich also ebenso wie in der Umfrage eine stark individualisierte Perspektive auf Gesellschaft an, in der der Staat verwaltet und die Mitglieder weitestgehend auf sich selbst gestellt sind.

Ressentiment und Solidarität

Eine Ambivalenz deutet sich in der Positionierung zu geflüchteten Menschen an. Einerseits werden sie, mit wenigen Ausnahmen, als zu unterstützende Gruppe wahrgenommen. Andererseits bestehen Vorbehalte gegen geflüchtete Menschen in der eigenen Nachbar*innenschaft. Auch dies bestätigt bestehende Forschungen, wie die Studie „Wie ticken Jugendliche“ aus dem Jahr 2016 (Borchard et al., 2016), für den lokalen Kontext. Was sich in der Befragung als teilweise, schwache und volle Zustimmung zur Ablehnung zeigt, wurde in den Seminaren plastisch. So wurden vereinzelt Erzählungen geteilt, die Geflüchtete als besonders rücksichtslos (Lautstärke und das Hinterlassen von Müll) darstellten, sowie als potenziell sexualisiert, gewalttätig markierten. Das Projektteam erhielt jedoch den Eindruck, dass es sich hierbei um „Hörensagen“ handelte. Auf welchem Kommunikationsweg sie die negativen

Erzählungen aufgenommen haben, konnte das Projektteam nicht eindeutig klären.

Es wurde deutlich, dass solche Negativerzählungen vor allem in Klassen ohne Schüler*innen mit Fluchterfahrung geteilt wurden – soweit diese thematisiert wurden. In den anderen Klassen wurde hingegen eher die rassistische Ungleichbehandlung geflohener Menschen aufgrund des Herkunftslandes oder der Hautfarbe thematisiert. Genannt wurde der unterschiedliche Umgang mit syrischen und ukrainischen Geflüchteten, sowie Weißen und PoC Personen, die aus der Ukraine geflohen sind.

Engagement

Die Beobachtungen in den Seminaren wie auch die Angaben zu Item 28 zeigen zwei Dinge deutlich: Auf der einen Seite sind nur wenige Schüler*innen in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv. Die allermeisten von ihnen sind in Sportvereinen aktiv. Explizit politisches Engagement findet kaum statt. Im Schnitt der beiden Erhebungen würde sich jedoch gerne jede fünfte Person einbringen. Einige bemängeln das vorhandene Angebot als nicht ausreichend.

Selbstkritisch muss das Projektteam feststellen, dass das Item bezüglich der Erhebung des Desinteresses an Engagement nicht geeignet ist. Die Angabe „Nein, keine

Lust/ Zeit dafür“ ist nicht eindeutig zu interpretieren. Ob ein*e Schüler*in keine Zeit oder Lust hat, stellt einen fundamentalen Unterschied dar.

Extreme Rechte und couragiertes Handeln

Befragt nach der Einschätzung zur Gefährlichkeit extrem rechter Akteur*innen zeigt sich deutlich, dass diese überwiegend als eher bis sehr gefährlich wahrgenommen werden (12 und 18 aus 50 erhobenen Werten der ersten Befragung, weitere 14 teils/teils). Während der Seminartage zeigte sich, dass unter den Schüler*innen kaum jemand Erfahrungen mit der extremen Rechten besitzt. Berührungspunkte ergaben sich vor allem dann, wenn Schüler*innen in ihrer Freizeit bspw. an Demonstrationen von KAGIDA, dem lokalen Ableger von PEGIDA in Kassel, vorbeiliefen. Ein paar kannten, auch wegen direkter persönlicher Bezüge zur Ortschaft/Region Akteur*innen aus der extrem rechten Szene in und um Eisenach. Die angenommene Gefährlichkeit wirkt sich jedoch direkt auf die Bereitschaft zu solidarischem Handeln gegenüber Betroffenen von Diskriminierung aus. Auf Nachfrage des Projektteams gaben die Schüler*innen an, dass die Bereitschaft deutlich sinke, wenn sich die diskriminierende Person aggressiv bis offen gewalttätig verhalte. Dies drückt sich in den hohen Zustimmungswerten

für die Angabe „Ja schon, aber abhängig von der [Anmerkung des Verfassers: diskriminierenden] Person“ aus. Sofern dies nicht der Fall ist, zeigt sich die Mehrheit der Befragten dazu bereit, Betroffene zu unterstützen und in die jeweilige Situation zu intervenieren.

Ergänzend zu diesen vergleichbaren Ergebnissen und Eindrücken sollen hier zwei weitere Feststellungen der Projektteams angeführt werden. Durch die Dauer des Seminarprogramms, dessen Termine nach Möglichkeit außerhalb des gewohnten, schulischen Kontexts stattfinden, sind Arbeitsatmosphären und Verhältnisse entstanden, die auch das Besprechen sensibler Themen und Unsicherheiten ermöglichten. Dabei wurde deutlich, dass den Schüler*innen häufig die Sprache zur konkreten Benennung eigener Erfahrungen fehlt – beispielsweise Racial Profiling. Durch die gemeinsame Arbeit konnten diese auf einer weiteren Ebene verstanden und gesellschaftlich eingeordnet werden. Auch die Themen sexuelle Vielfalt sowie diverse Geschlechteridentitäten kamen auf. Das Projektteam konnte beobachten, dass vor allem zwischen sich gemäß binärer Geschlechtskategorien identifizierenden Schüler*innen und sich anders identifizierenden Schüler*innen massive Defizite bei Verständnis und Empathie, zulasten der Minderheit an nicht binären Personen bestanden.

Vorgefundene Polarisierungstendenzen

Die Einstellungsmuster der Schüler*innen weisen, wie hier gezeigt werden konnte, in mehreren Punkten eine konflikthafte Gleichzeitigkeit auf. Zum einen eine solidarische, demokratische Grundhaltung. Zum anderen Ressentiments, eine starke Fixierung auf individuelle Lebensgestaltung – mit Fokus auf Beruf und Familie – sowie individuelles Durchsetzungsvermögen, als die Gesellschaft strukturierendes Moment. Letzteres wurde durch die Auswirkungen der Pandemie deutlich begünstigt. So berichteten viele Schüler*innen von sozialem Rückzug, zugleich bildet die Kernfamilie den maßgeblichen sozialen Kontakt. Viele SbS berichteten, dass sozialer Austausch während der Zeit der Pandemie nur begrenzt stattgefunden hat und so zur Perspektiverweiterungen womöglich wenig Gelegenheit war (vgl. dazu auch Bertelsmann Stiftung, 2021).

Abgesehen von einem spezifischen Teilnehmer, der sich deutlich rechtsoffen zeigte, lässt sich für die Schüler*innen konstatieren, dass sie sich, alterstypisch (Jaschke, 2012), in einer Orientierungsphase bewegen. Sie fangen an, politisches Geschehen wahrzunehmen, einige suchen bereits politischen Anschluss. Die Schüler*innen zeigten sich insgesamt interessiert und erreichbar.

Ausblick

Das Innovationsprojekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ steht für sich, eine Vertiefung der Forschung und eine Kontinuität der pädagogischen Arbeit sind nicht gesichert. Die Ergebnisse sind also ein erster Einblick, der nur eine begrenzte Momentaufnahme darstellt. Bezogen auf die konkreten Erfahrungen sowie die offenen und neuen Fragen, die sich mit dem Projekt ergeben haben, lassen sich spezifische Ansatzpunkte formulieren. Diese könnten bspw. durch ein Folgeprojekt bearbeitet werden.

70

Neue Form der Forschung? – Anleitende Beobachtung

Da alle umsetzenden Stellen des Projektteams, sowohl die wissenschaftliche und pädagogische Koordination als auch die Studentische Hilfskraft, die Seminartage durchführt haben, kann nicht von *teilnehmender Beobachtung* gesprochen werden. Geeigneter scheint der Begriff der *anleitenden Beobachtung*, welcher zu konzeptualisieren ist.³ Der Begriff trägt der Tatsache Rechnung, dass das Setting der qualitativen Erhebung aus einem explizit interaktiven Verhältnis zwischen Seminarleitenden und Teilnehmenden besteht. Der Faktor der sozialen Erwünschtheit, so die Annahme, spielt hier vermutlich eine besondere Rolle und könnte möglicherweise

hemmenden Einfluss auf die Meinungsäußerungen der Teilnehmenden haben. Dem entgegen steht die Annahme, dass durch den Aufbau einer sozialen Beziehung über sechs Seminartage, in dem Zeitraum eines Schuljahres, ein Vertrauensverhältnis entsteht, in dessen Rahmen Schüler*innen Meinungen äußern, die ohne dieses nicht ausgesprochen würden. Die Gewichtung der beiden Faktoren wäre bei einer Konzeptionalisierung besonderes zu beachten. Außerdem ist zu klären, inwiefern dieser Forschungszugang Vor- und Nachteile gegenüber bestehenden Erhebungsmethoden aufweist und welche spezifische Qualität ihm zukommt.

Datenmenge erhöhen – Forschungslücke mit Regionalstudie füllen

Die durchgeführte Befragung deckt nur einen kleinen Teil der SbS im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ab. Sie hilft vor allem dabei, die quantitativen Beobachtungen zu stützen und gemeinsam einen ersten Blick auf die Zielgruppe im spezifischen lokalen Kontext zu ermöglichen. Dabei zeigte sich auch bei den kleinen Datenmengen, dass die Thesen größerer Studien auch für SbS im ländlichen Raum zutreffen. Eine regionale Studie wäre geeignet, diese Ergebnisse zu validieren und die bestehende Forschungslücke ein Stück weit zu schließen.

Pädagogisches Angebot erweitern

Wie schon angedeutet wurde, kamen auch Themen zur Sprache, welche nicht ausreichend im Projekt behandelt werden konnten. Einerseits wäre eine Bedarfserhebung sinnvoll, um die Eindrücke im Projekt in der Fläche zu prüfen. Andererseits zeigen schon die Projekterfahrungen, dass Tendenzen zu sozialer Polarisierung in verschiedener Hinsicht vorliegen. Diesen könnte durch Seminarangebote begegnet werden. Einerseits sollte möglichst breit und nachhaltig Sensibilisierungsarbeit geleistet werden. Andererseits sollten auch Betroffene von Ausgrenzung direkt gestärkt werden. Beides erscheint essenziell, um ein solidarisches Miteinander zu fördern und somit sozialer Polarisierung vorzubeugen.

Allgemeine Handlungsempfehlungen

Darüber hinaus können auch allgemeine Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Diese umfassen vier Ebenen:

1. Es braucht mehr empirische – qualitative wie quantitative – Forschung zu den verschränkten Bereichen Politische Bildung, Berufsschule, ländlicher Raum und Engagement.
2. Berufliche Schulen und besonders Berufsschulen müssen als Instanz der Demokratiebildung und Raum der persönlichen Entfaltung etabliert werden.
3. Außerschulische Angebote müssen gestärkt und ausgebaut werden. Sie stellen eine unverzichtbare Ergänzung zur schulischen Bildung dar.
4. Demokratiefördernde Partizipationsmöglichkeiten, besonders für junge Menschen, im ländlichen Raum müssen gestärkt werden.

LITERATUR

Achour, S., & Wagner, S. (2019). *Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Albert, M., Hurrelmann, K., & Quenzel, G.; Deutsche Shell Holding GmbH, Hamburg (Hrsg.) (2019). *Jugend 2019*. Beltz.

Antes, W., Wenzl, U., & Wichmann, S. (Hrsg.) (2022). *Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs. Aufwachsen – Mitgestalten – Leben*. Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Andresen, S., Heyer, L., Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2021). *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe*. Bertelsmann.

Borchard, I., Borgstedt, S., Calmbach, M., Flaig, B. B., & Thomas, P. M. (2016). *Wie ticken Jugendliche? 2016 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Springer.

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2014). *M01.01 Musterfragebogen Rechtsextremismus*. <https://www.bpb.de/medien/177822>

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2017). *M 01.04 Musterfragebogen Jugend und Politik*. <https://www.bpb.de/medien/251673>

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2012). *Umfrage zum politischen Engagement von Jugendlichen*. <https://www.dkhw.de/schwerpunkte/beteiligung/umfrage-zum-politischen-engagement-von-jugendlichen/>

Hessenrecht (2023/I, 25. Januar). *Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) vom 20. Juli 2009*. https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-OSt_Abi-VHErahmen

Hessenrecht (2023/II, 25. Januar). *Verordnung über die Ausbildung und Abschlussprüfung an Fachoberschulen (VOFOS) vom 17. Juli 2018*. Quellenlink: <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-FOSchul-APrOHE2018V4P1>

Hessenrecht (2022, 21. September). *Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an zweijährigen Berufsfachschulen vom 2. Dezember 2011*. <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-AssBFSchulAPrVHE-2011rahmen>

Hessenrecht (2023/III, 25. Januar). *Verordnung über die Berufsschule vom 9. September 2002*. <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-BerSchulVHEV7IVZ>

Jaschke, H.-G. (2012). *Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus*. BpB/ APuZ

Kausmann, C., Simonson, J., & Hameister, N. (2017). *Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertung des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*. Bundesamt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kleiner, T.-M., & Klärner, A. (2019). *Thünen Working Paper 129. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf*. Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Mittertrainer, M., & Thiessen, B. (2022). „Was sollen die Nachbarn denken?“ – Politische Handlungsorientierungen junger Frauen in ländlichen Räumen. Vortrag auf dem 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022.

Reimann, B. W. (2020). Soziale Polarisierung. In D. Klimke, R. Lautmann, U. Stäheli, C. Weichner, & H. Wienold (Hrsg.), *Lexikon zur Soziologie* (S. 586). Springer VS.

Salzborn, S. (2020). *Rechtsextremismus – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Nomos Verlagsgesellschaft.

Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume (Hrsg.) (2023). *Thünen-Landatlas*. www.landatlas.de

¹ In der jüngeren Vergangenheit können der NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel, der Mord an Walter Lübcke in Wolfhagen/Istha 2019, die neun extrem rechts motivierten Morde sowie der Mord an der eigenen Mutter in Hanau 2020 aufgeführt werden. Zu den extrem rechten Täter*innen finden sich Analysen und Rechercheberichte unter anderem bei NSU Watch Hessen, Link: <https://hessen.nsu-watch.info/>, der antifaschistischen Zeitung LOTTA, Link: <https://www.lotta-magazin.de/>, dem Antifaschistischen Infoblatt, Link: <https://www.antifainfoblatt.de/> und dem IDZ Jena <https://www.idz-jena.de/>. Die Alltäglichkeit rechter An- und Übergriffe ist anhand der Monitoring- und Jahresberichte des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen, Links: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/> und <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/>; dem Monitoring von RIAS Bund, Link: der Chronik des Meldenetzwerkes Hessenschauthin, Link: <https://hessenschauthin.de/chronik/>; den Berichten von Mobit zu Thüringen, Link: <https://mobit.org/materialien/dokumentation-information-und-recherche/>; der Chronik und dem Mapping von MutgegenrechteGewalt, Link: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfalle/>; dem Mapping des Kooperationsprojekts Tatortrechts, Link: <https://tatortrechts.de/karte?bbox=3.10623,46.70264,17.79677,55.23517&organizationsSelected=>, der Chronik von EZRA, Link: <https://ezra.de/chronik/>, den Jahresberichten des IDZ Jena, Link: <https://www.idz-jena.de/im-dialog/thueringer-zustaende-und-weiteren-nachzuvollziehen>.

² Analysen zu der extremen Rechten in der Region finden sich ebenfalls beim IDZ, dem Beratungsnetzwerk Hessen, antifaschistischen Gruppen (bspw. AGST, Link: <https://agst.noblogs.org/>) und den in Endnote 1 bereits genannten Zeitungen/ Magazinen.

³ Herzlichen Dank an Miriam Tekath (Philipps-Universität Marburg). Sie schlug den Begriff der *leitenden Beobachtung* im Rahmen der gemeinsamen Diskussion auf dem Soziologiekongress der DGS in Bielefeld 2022 vor.

ZUM AUTOR

Paul Lachmann ist Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher. Er ist wissenschaftlicher Projektmitarbeiter an der Georg-August-Universität Göttingen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, sowie pädagogischer Projektmitarbeiter in der Stiftung Adam von Trott, Imhausen e.V. Er ist für die Umsetzung des Projekts „Gestern wie heute - Haltung zeigen!“ verantwortlich.

73

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Dominik Dauner, Nils Haacke, Cathrin Mund und Lucas Steger.**

Lektorat extern:

Prof. Dr. Claudia Neu (Projektleitung), Lehrstuhl für Soziologie ländlicher Räume an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Kassel.